

Umkämpftes Grüngelände

Gegen massiven Widerstand aus der Bevölkerung hat die Planungsgruppe Zimmerberg gestern den regionalen Richtplan so angepasst, dass im Grüngelände Lätten in Adliswil ein ganzes Wohn- und Gewerbequartier hochgezogen werden könnte. Nun ergreifen die Gegner das Referendum.



Die Zukunft des Grüngeländes Lätten wird wohl an einer bezirksweiten Urnenabstimmung entschieden. Arthur Schöpfi

Arthur Schöpfi

Ein Gewerbegebiet entlang der Autobahn, dahinter Wohnsiedlungen und Grünraum: Als der Adliswiler Stadtrat sein Leitbild für Hunderte von neuen Wohnungen und Arbeitsplätzen in der Reservezone Lätten östlich der A3 und hart an der Grenze zu Kilchberg und Zürich publik machte, reagierten Anwohner und Umweltschützer mit Empörung. Und die «IG schützt den Lätten» und von ihr mobilisierte GegnerInnen mit rund 780 gleichlautenden Einwendungen gegen die Absicht der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ), den regionalen Richtplan entsprechend zu revidieren.

Die Opponenten fürchten Lärm, Abgase und ein Verkehrschaos und warnen vor der Zerstörung eines wertvollen Naherholungs- und Landwirtschaftsgebiets und eines wichtigen Lebensraums für Tiere und Pflanzen. Und sie wehren sich dagegen, dass für die Aufwertung des Gebiets Sood in ein «Subzentrum» dortige Gewerbebetriebe auf die Lättenwiese umgesiedelt werden sollen. Bewirkt hat die Einwendungsflut, an der sich auch die Grü-

nen von Adliswil und Kilchberg und die GLP-Bezirkspartei mit eigenen Eingaben beteiligt hatten, indes nur wenig: Mit einer Teilrevision des Richtplanes hat die ZPZ-Delegiertenversammlung gestern in Thalwil den Lätten nämlich dennoch als «Arbeitsplatz- und Mischgebiet mit hoher baulicher Dichte» eingetragen. Womit auf regionaler Stufe die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die umstrittene Grossüberbauung erfüllt wären. Aufgrund der Einwendungen wurde lediglich die Nutzungsdichte von «hoch» auf «mittel» herabgestuft. Und auf Drängen von Kilchberg muss die Verkehrsführung nun gemeindeübergreifend koordiniert werden.

Bei der IG Lätten ist man enttäuscht, aber auch fest entschlossen, das Referendum zu ergreifen, um den Entscheid an einer bezirksweiten Urnenabstimmung zu kippen, wie IG-Sprecherin Annika Redlich sagt. Ohnehin müsste der Lätten auf kommunaler Ebene noch eingezont werden - durch das Parlament oder die StimmbürgerInnen von Adliswil. Im kantonalen Richtplan hingegen figuriert er bereits als Siedlungsgebiet.

Umstrittener Planungskredit

Am 13. Juni stimmt die Ustermer Bevölkerung über einen Planungskredit für das Zeughausareal ab.



Das Siegerprojekt des Architekturbüros EM2N. Raumbegleiter AG

Roxane Steiger

Ganze 13 Jahre dauern die Planungsarbeiten für den Ersatzbau des Stadthofsaaes und Kulturhauses Central auf dem Zeughausareal in Uster schon an. Auf einem Teil des Areals will die Stadt ein Kulturzentrum realisieren. Zudem sollen auf dem Areal 135 Wohnungen erstellt werden, von denen die Hälfte dem gemeinnützigen Wohnungsbau dienen sollen.

Zu diesen beiden Projektideen und somit zum eingeschlagenen Weg für den Gestaltungsplan hat das Volk also bereits zwei Mal ja gesagt. Für das Bauprojekt wurde ein Architekturwettbewerb organisiert. «Somit wurde mit vielen Leuten über ihre Vorstellungen diskutiert und die Mitwirkung der Bevölkerung angestossen», erklärte die Stadtpräsidentin Barbara Thalmann. Das Siegerprojekt des Architekturbüros «EM2N» soll nun konkretisiert und an die finanziellen Möglichkeiten der Stadt angepasst werden. Der Planungskredit in Höhe von 2,3 Millionen Franken wurde vom Ustermer Gemeinderat angenommen. Die SVP ergriff jedoch das Referendum. Sie befürchtet, dass das Projekt zu teuer würde als versprochen und es hätte sich als Projekt von einem «Begeg-

nungsort für alle» entfernt. Deshalb wird am 13. Juni erneut über die Vorlage abgestimmt.

Uster für alle

«In Uster braucht es einen Ort für Begegnungen mit verschiedenen Menschen. Das Zeughausareal soll ein Ort für alle sein, wie Uster eine Stadt für alle ist», führte Thalmann aus. Sie und der Stadtrat zeigten sich überzeugt, dass mit dem Projekt eine gute Lösung für die Stadt- und Zentrumsentwicklung von Uster präsentiert wird. Der Kostenrichtwert in Höhe von 20 Millionen Franken, der vom Gemeinderat vorgegeben wurde, wird eingehalten. Es seien Kosten in Höhe von 2,5 Millionen Franken für Unterhalt und Betrieb zu erwarten. Andererseits rechnet die Stadt mit Einnahmen von kantonalen Fördergeldern und Mietzinsen. Zudem werden neue Erträge durch das Wegfallen der Fremdmiete des Kulturhauses Central geschaffen. «Wenn das Projekt jetzt mit einem Nein abgebrochen wird, wäre das ein herber Rückschlag.»

Am 11. Mai findet ein Infoanlass mit der Bevölkerung statt. Wenn der Planungskredit angenommen wird, kann in zwei Jahren definitiv über eine Neugestaltung des Areals abgestimmt werden.